

Redebeirat von Peter Reckling (Fraktion Bündnis90/Die Grünen) im Marburger Stadtparlament am 30.01.2026 zu TOPs 19.4/20.1 Anerkennung und Unterstützung des Marburger „Netzwerks für Demokratie und gegen Rechtsextremismus“ und den Bericht zu „Dialog und Vielfalt – gegen Rassismus, Ausgrenzung und Demokratiefeindlichkeit“

Anlass für die Einrichtung der Landesförderung DEXIT waren die Ermordung von Regierungspräsident Walter Lübke (2029) und der Anschlag und Ermordungen in Hanau (2020).

heute gedenken wir der Machtergreifung der Nationalsozialisten vor 93 Jahren und vor einigen Tagen der Befreiung von Auschwitz (27.01.1945).

In diesem Zusammenhang müssen wir das genannte Netzwerk und die Aktivitäten zu Dialog und Vielfalt sehen. Und nun meldet sich nach 2 ½ Jahren erstmals wieder der AFD-Vertreter in Parlament. Der Abgeordnete Pozzi fordert die Aussprache, beklagt die Einseitigkeit des Netzwerks und der in diesem Zusammenhang stattgefundenen Aktivitäten – wie die großen Kundgebungen 2024/25. Dabei sind seine Beiträge im Parlament ohne Bezug zum kommunalpolitischen Geschehen. Keine konkreten Vorschläge zur örtlichen Politik sind von der AFD zu verzeichnen, aber sehr wohl ein Hetzbeitrag als es um das Aufenthaltsrecht von Ausländern in unserem Land ging. Das war der letzte Beitrag bis zum heutigen Tag. Die AFD versucht scheinbar unauffällig den bundesweiten Trend nutzen zu wollen, um bei der kommenden Wahl die rechtsextremen Kräfte im Stadtparlament zu stärken. Dabei sind es doch die AFD-Vertreter, die nur Vorschläge entwickeln, die den „kleinen Leuten“ schaden werden. Sie wollen Sozialleistungen kürzen, sind gegen die Erhöhung des Mindestlohns, sprechen sich gegen die Mietpreisbremse aus, wollen Steuerentlassungen für Gutverdienende einführen und die Erbschaftssteuer abschaffen.

Dabei haben wir von der AFD nur zu erwarten, rechtsextreme Positionen, die sich gegen unsere Verfassung richten, Populismus und Ausgrenzung von Minderheiten, Ausländerhetze, Demokratie-Abbau und Vasallen, die die Politik vom Aggressor Putin und den rechtsstaat-untergrabenden Trump unterstützen.

Es ist zu hoffen, dass das konservative / bürgerliche Lager im Stadtparlament sich nicht von den Parolen der AFD beeinflussen lässt und somit dem vorliegenden Antrag für Demokratie und gegen Rechtsextremismus zustimmen wird. Ein deutliches und klares Bekenntnis zum Netzwerk und einer konstruktiven Mitwirkung in diesem wäre angebracht.

Hier nun zum „Marburger Netzwerk für Demokratie und gegen Rechtsextremismus“, dass „Ausdruck einer lebendigen, wehrhaften Demokratie ist. Es vernetzt eine große Vielfalt von Akteur*innen, fördert Austausch und Zusammenarbeit und setzt deutliche Zeichen gegen Ausgrenzung, Hass und rechtsextremistische Tendenzen.“

Die Stadtgesellschaft hat bereits mehrfach eindrucksvoll bewiesen, dass sie in großer Zahl für Demokratie, Vielfalt und Respekt eintritt. Mit dem Netzwerk wird dieses Engagement verstetigt und in eine gemeinsame Struktur gebracht worden. Damit wird erneut sichtbar, wie stark Marburg für ein offenes, solidarisches und demokratisches Miteinander steht.

Der Dank gilt allen Bürgerinnen und Bürgern, Initiativen, Organisationen und Institutionen, die sich in diesem Netzwerk mit Zeit, Energie und Haltung einbringen. Ihr Einsatz ist ein bedeutsamer Beitrag für unsere gemeinsame demokratische Zukunft.

Das Netzwerk leistet einen zentralen Beitrag zur Förderung von Demokratie, Vielfalt und Rechtsextremismusprävention in der Universitätsstadt Marburg.

Wir begrüßt die Selbstorganisation des Netzwerks und dass es unabhängig von parteipolitischen Interessen als Plattform für die gesamte demokratische Stadtgesellschaft wirken will.

Wir rufen alle demokratischen Fraktionen, Institutionen, Organisationen und Bürger*innen der Stadt auf, das Netzwerk durch Teilnahme, Mitwirkung und Unterzeichnung der „Marburger Erklärung für Demokratie und gegen Rechtsextremismus“ zu unterstützen.“ (Zitat aus TOP 19.4)

Durch das Handlungskonzept „Dialog und Vielfalt“ wurden im Zeitraum von 2019 bis 2024 insgesamt 60 Projekte in mindestens 13 Marburger Stadtteilen mit unterschiedlichen Formaten, wie z. B. Workshops, Trainings, Lesungen, Vorträgen, Debatten, Filmvorführungen, Theaterstücken oder Spaziergängen und Wanderungen umgesetzt und mit einer Gesamtsumme von 152.764,69 € gefördert.

Die Formate der geförderten Projekte waren vielfältig, partizipativ und praxisnah. Während die Kernstadt und der Richtsberg gut abgedeckt sind, kommen bislang wenig Förderanträge aus den Außenstadtteilen und einzelnen Stadtteilen wie Cappel oder Ockershausen.

Die abschließenden Empfehlungen zur Weiterführung der Projektförderung betonen:

„Das Handlungskonzept sollte unter Bearbeitung und Aufnahme der in der Evaluation formulierten Handlungsempfehlungen weitergeführt und angepasst werden. Dabei wird in vier Schwerpunktbereichen differenziert:

1. Antidiskriminierung: Fokussierung auf weitere Aspekte von Diskriminierung (neben Rassismus).
2. Dialog und Beteiligung: Stärkere Einbeziehung der Marburger Stadtgesellschaft, der Communitys und ihrer Herausforderungen, Sichtbarkeit ermöglichen.
3. Öffentlichkeitsarbeit und Vernetzung: Zuständigkeiten transparent kommunizieren, stärkere Kooperation mit den Akteuren im Themenfeld, Ausloten von Zukunftsperspektiven.
4. Lokale Forschung und Fördermittel: Weitere Forschungsvorhaben stoßen/ermöglichen, Kooperation mit weiteren Fachbereichen, z. B. Gesellschafts- und Kulturwissenschaften, andere Forschungsformate ermöglichen, z. B. Community-Forschung, Praxisforschung.“

Abschließend stellt die Evaluation fest, dass das Handlungskonzept weitergeführt werden sollte.

Antrag	Vorlagen-Nr.:	VO/3026/2025
	Status:	öffentlich
	Datum:	01.12.2025
Antragsteller*in:	B90/Die Grünen, Sozialdemokratische Partei Deutschlands, Klimaliste Marburg	

Beratungsfolge		
Gremium:	Zuständigkeit	Sitzung ist
Magistrat	Erörterung	nichtöffentlich
Haupt-, Finanz- und Wirtschaftsausschuss	Vorberatung	öffentlich
Stadtverordnetenversammlung	Entscheidung	öffentlich

Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, SPD, Klimaliste betr. Unterstützung und Anerkennung des „Marburger Netzwerks für Demokratie und gegen Rechtsextremismus“

Beschlussvorschlag

1. Die Stadtverordnetenversammlung unterstützt das „Marburger Netzwerk für Demokratie und gegen Rechtsextremismus“ als überparteiliches, zivilgesellschaftliches Bündnis, das den gesellschaftlichen Zusammenhalt stärkt, demokratische Werte sichtbar macht und sich aktiv für eine offene und solidarische Stadtgesellschaft und gegen rechtsextremistische Bestrebungen engagiert.
2. Das Netzwerk leistet einen zentralen Beitrag zur Förderung von Demokratie, Vielfalt und Rechtsextremismusprävention in der Universitätsstadt Marburg.
3. Mit der „Marburger Erklärung für Demokratie und gegen Rechtsextremismus“ sowie durch die breite Beteiligung von Persönlichkeiten aus Politik, Wirtschaft, Wissenschaft, Kultur, Religion, Sport, Vereinen und Initiativen setzt das Netzwerk ein vorbildliches Zeichen zivilgesellschaftlicher Verantwortung.
4. Die Stadtverordnetenversammlung begrüßt die Selbstorganisation des Netzwerks und dass es unabhängig von parteipolitischen Interessen als Plattform für die gesamte demokratische Stadtgesellschaft wirken will.
5. Die Stadtverordnetenversammlung ruft alle demokratischen Fraktionen, Institutionen, Organisationen und Bürger*innen der Stadt auf, das Netzwerk durch Teilnahme, Mitwirkung und Unterzeichnung der „Marburger Erklärung für Demokratie und gegen Rechtsextremismus“ zu unterstützen.
6. Die Stadtverordnetenversammlung dankt allen Engagierten, im Netzwerk und

darüber hinaus, für ihren Einsatz für Demokratie, Vielfalt und Menschenwürde.

Begründung

Das „Marburger Netzwerk für Demokratie und gegen Rechtsextremismus“ ist Ausdruck einer lebendigen, wehrhaften Demokratie. Es vernetzt eine große Vielfalt von Akteur*innen, fördert Austausch und Zusammenarbeit und setzt deutliche Zeichen gegen Ausgrenzung, Hass und rechtsextremistische Tendenzen.

Die Stadtgesellschaft hat bereits mehrfach eindrucksvoll bewiesen, dass sie in großer Zahl für Demokratie, Vielfalt und Respekt eintritt. Mit dem Netzwerk wird dieses Engagement verstetigt und in eine gemeinsame Struktur gebracht worden. Damit wird erneut sichtbar, wie stark Marburg für ein offenes, solidarisches und demokratisches Miteinander steht.

Der Dank gilt allen Bürgerinnen und Bürgern, Initiativen, Organisationen und Institutionen, die sich in diesem Netzwerk mit Zeit, Energie und Haltung einbringen. Ihr Einsatz ist ein bedeutsamer Beitrag für unsere gemeinsame demokratische Zukunft.

Katharina Rink

Thorsten Büchner

Maik Schöniger

Peter Reckling

Erika Lotz-Halilovic

Tim Bader

Anlage/n

Keine

Kenntnisnahme	Vorlagen-Nr.:	VO/2927/2025
	Status:	öffentlich
	Datum:	31.10.2025
Dezernat:	I	
Fachdienst:	72 - Stabsstelle Bürger*innenbeteiligung	
Sachbearbeitung:	Koca, Melda; Dr. Newiger-Addy, Griet	

Beratungsfolge		
Gremium:	Zuständigkeit	Sitzung ist
Magistrat	Entscheidung	nichtöffentlich
Haupt-, Finanz- und Wirtschaftsausschuss	Kenntnisnahme	öffentlich
Stadtverordnetenversammlung	Kenntnisnahme	öffentlich

**Bericht zur Umsetzung des städtischen Handlungsprogramms für Dialog und Vielfalt – Gegen Rassismus, Ausgrenzung und Demokratiefeindlichkeit.
Tätigkeitsbericht 2019 – 2024.**

Beschlussvorschlag

Die Stadtverordnetenversammlung nimmt den Bericht zur Umsetzung des städtischen Handlungsprogramms für Dialog und Vielfalt – Gegen Rassismus, Ausgrenzung und Demokratiefeindlichkeit. Tätigkeitsbericht 2019 – 2024 zur Kenntnis.

Sachverhalt

Ausgehend von der Demonstration „#wirsindmehr – Marburg gegen Rechtsextremismus“ im Jahr 2018 mit über 7.500 Teilnehmenden entwickelte die Stadt Marburg gemeinsam mit der Zivilgesellschaft das langfristig angelegte Handlungskonzept „Für Dialog und Vielfalt – Gegen Rassismus, Ausgrenzung und Demokratiefeindlichkeit“, das im Januar 2020 von der Marburger Stadtverordnetenversammlung verabschiedet wurde.

Ziel des Handlungskonzepts ist es, respektvolle Dialoge und ein demokratisches Miteinander zu fördern sowie Diskriminierung aktiv entgegenzuwirken. Das Konzept setzt auf Beteiligung, Austausch und gegenseitiges Zuhören und umfasst vier Aktionsfelder:

- Antidiskriminierung: Trainings, Unterstützung lokaler Anlaufstellen und Empowerment:
Umgesetzt wurden zum Beispiel Lesungen und Fortbildungen mit der bekannten Antirassismus-Trainerin Tupoga Olette. Zudem erhielten alle Marburger Kitas Materialpakete und Schulungsangebote zum Thema „Rassismuskritische Bildung und Pädagogik“.
- Dialog und Beteiligung: Vorortdialoge und innovative Dialog und Beteiligungsformate:

Hier wurde zum Beispiel das Dialogformat „Marburg spricht“ in Kooperation mit ZEIT Online und der Oberhessischen Presse durchgeführt und das digitale Gaming-Format „Let's play mit Tommy“ entwickelt, das sich für einen Dialog gezielt an jüngere Marburger*innen richtet.

- Öffentlichkeitsarbeit und Vernetzung:

In diesem Feld wurden beispielsweise unter dem Motto „TACHELES: Marburg, lass uns reden!“ jährlich Vernetzungskonferenzen mit Interessierten und Akteuren organisiert sowie die Koordination und Öffentlichkeitsarbeit der „Internationalen Wochen gegen Rassismus“ unterstützt.

- Lokale Forschung und Fördermittelakquise:

Hier wurden zum Beispiel Haustürbefragungen am Richtsberg und in Wehrda durchgeführt sowie eine Studie zur Diskriminierung auf dem Wohnungsmarkt in Marburg und im Landkreis Marburg-Biedenkopf durchgeführt. Fördermittel wurden über den Kreisentwicklungsfonds des Landkreises Marburg-Biedenkopf und das Landesprogramm „Hessen – aktiv für Demokratie und gegen Extremismus“ des hessischen Innenministeriums akquiriert.

Im Zusammenhang mit dem städtischen Handlungskonzept wurde ebenfalls ein niedrigschwelliger Fördermechanismus geschaffen, um entsprechende Aktivitäten zivilgesellschaftlicher Initiativen und Organisationen zu unterstützen.

Im Zeitraum von 2019 bis 2024 wurden dabei insgesamt 60 Projekte in mindestens 13 Marburger Stadtteilen mit unterschiedlichen Formaten, wie z. B. Workshops, Trainings, Lesungen, Vorträgen, Debatten, Filmvorführungen, Theaterstücken oder Spaziergängen und Wanderungen umgesetzt und mit einer Gesamtsumme von 152.764,69 € gefördert.

Die Projekte thematisierten Diskriminierungserfahrungen, Rassismus, Empowerment, Dialog, Aufklärungsarbeit, Sensibilisierung, den Abbau von Vorurteilen und vieles mehr – und erreichten insgesamt mindestens 5.620 Personen.

Das Handlungskonzept versteht sich als „lebendes Konzept“, das stetig weiterentwickelt wird. Es wird im Wesentlichen von der Stabsstelle Bürger*innenbeteiligung der Stadt Marburg umgesetzt.

Weitere Fachdienste wie das Gleichberechtigungsreferat, das WIR-Vielfaltszentrum, der Fachdienst Sport, der Fachdienst Jugendförderung und die Volkshochschule setzen ebenfalls Projekte um, die mit den Zielsetzungen des Handlungskonzepts übereinstimmen.

Der vorliegende Bericht dokumentiert die Aktivitäten, die im Rahmen des städtischen Programms von der Stabsstelle Bürger*innenbeteiligung, zum Teil in Kooperation mit den vielfältigen zivilgesellschaftlichen Akteuren und öffentlichen Einrichtungen in Marburg in den einzelnen Aktionsfeldern zwischen 2019 und 2024 umgesetzt wurden. Nach einem Überblick über die vier Aktionsfelder des städtischen Programms werden exemplarisch einzelne Projekte der Stabsstelle 72 – Bürger*innenbeteiligung genauer vorgestellt.

Zudem beschreibt der Bericht exemplarisch für jedes Förderjahr einzelne geförderte Projekte genauer. In einem weiteren Schritt werden die Projektdokumentationen ausgewertet. Diese zeigen:

- Das Förderprogramm öffnete städtische Mittel für neue Zielgruppen; fast die Hälfte der Antragstellenden erhielt erstmals eine Förderung.
- Die Zahl der Projekte stieg deutlich – von einem Projekt 2019 auf 36 im Jahr 2024.
- Die Formate der geförderten Projekte waren vielfältig, partizipativ und praxisnah. Erfolgreiche Ansätze sollten künftig stärker verbreitet werden.
- Während die Kernstadt und der Richtsberg gut abgedeckt sind, kommen bislang wenig Förderanträge aus den Außenstadtteilen und einzelnen Stadtteilen wie Cappel oder Ockershausen.

Die externe Evaluation empfiehlt, das Handlungskonzept fortzuführen, die vier Aktionsfelder und das Förderprogramm beizubehalten, ein begleitendes Gremium einzurichten, weitere Diskriminierungsformen einzubeziehen und die Zusammenarbeit der Verwaltung mit migrantischen Communitys und der Universität zu vertiefen.

Die Evaluation endet mit folgendem Fazit und abschließenden Empfehlungen zur Weiterführung des Handlungskonzepts:

„Marburg positioniert sich“; „Der Oberbürgermeister Spies hat eine klare Haltung, eine klare Positionierung, das ist unfassbar wichtig, dass das auch so nach außen getragen wird!“; „Marburg zeigt eine klare Kante gegen Rechts und antideokratische Tendenzen“.

Aussagen wie diese zeigen, dass sowohl die Verabschiedung des Handlungskonzepts als auch viele vorherige deutliche Positionierungen und Haltungen der Stadt Marburg zu den Themen Rassismus, Ausgrenzung und Demokratifeindlichkeit ihre Wirkkraft zeigen und gezeigt haben und die Fortsetzung und Unterstützung dieser Positionierung in Form des Handlungskonzepts eindeutig angestrebt werden sollte.

In der Fortsetzung des Handlungskonzepts sollten die hier skizzierten Empfehlungen, die sich aus Befragungen zu den einzelnen Formaten sowie zu den kritischen Perspektiven und Leerstellen hinsichtlich der Wahrnehmung von Rassismus, Ausgrenzung und Demokratifeindlichkeit reflektiert und möglichst aufgenommen werden. Dazu kann eine externe und unabhängige Prozessbegleitung/ Supervision und/oder ein Beirat oder externes Gremium eine Hilfestellung für die weitere kritische Reflexion und Umsetzung darstellen.

Neben den bereits dargestellten Beschreibungen und den jeweiligen daraus folgenden Empfehlungen für die einzelnen Bereiche, lässt sich die bisherige Umsetzung des Handlungskonzepts wie folgt zusammenfassen:

Zwischenbilanz zur ersten Phase:

- Alle geplanten Veranstaltungen, Formate und Forschungen, die im Handlungskonzept beschrieben wurden, sind umgesetzt worden.
- Die formulierten Vorhaben innerhalb der vier Säulen wurden erreicht.
- Die Umsetzung der Vorhaben hat sich, entsprechend den formulierten Zielen und Inhalten als organisatorisch und personell aufwändig erwiesen.
- Es ist gelungen, entsprechend der formulierten Anliegen des Projekts, eine Struktur zu bieten, an der weitere Vorschläge und Aktivitäten sowohl der Stadtverwaltung Marburg als auch des Stadtparlaments und der Zivilgesellschaft andocken können und ihren Platz finden.

- Alle bisherigen Ansätze sind geeignet, um lokale Demokratie im Sinne des Konzepts zu stärken.
- Das in jederlei Hinsicht herausfordernde, ambitionierte und ebenfalls nur durch langfristige Prozesse zu gestaltende Gesamtziel: „Dialoge zwischen Marburgerinnen und Marburgern zu ermöglichen und zu stärken, die auf Grundlage eines respektvollen Umgangs miteinander und in Anerkennung der Vielfalt der Erfahrungen der Menschen in der Stadt angelegt sind“ – ist bisher nur bedingt und partikular erreicht worden. Herausforderungen, die in der Umsetzung des Handlungskonzepts eine Rolle gespielt haben:
 - Unklarheiten bei der Wahrnehmung der institutionellen Verankerung, Mangel an Personal.
 - Bisweilen unklare Zielgruppenfokussierung (für die bisherige Innovationsphase des Projekts angemessen, zukünftig zu verändern und zu berücksichtigen).
 - Maßnahmen im Rahmen der Covid-19-Pandemie und damit Einschränkungen und Verzögerungen für alle geplanten Formate und deren Umsetzung bzw. unter Konfrontation mit zahlreichen für alle Beteiligten kräftezehrenden Herausforderungen.

Good Practice:

- Eine klare (und nicht nur einmalige) Positionierung der Stadt zu den Themen des Handlungskonzepts in der Öffentlichkeit.
- Das Handlungskonzept bietet eine Struktur für Akteure der Stadtverwaltung und Zivilgesellschaft.
- Ein (überwiegend) niedrigschwelliger Zugang zu Fördermitteln für Kleinprojekte der Zivilgesellschaft.
- Das Handlungskonzept und damit einhergehende Positionierung bietet einen „starken Background“ für die Bearbeitung und Thematisierung der Themen Rassismus, Ausgrenzung, Demokratiefeindlichkeit durch die Marburger Zivilgesellschaft; es ermöglicht, es ermutigt und stärkt Bürger*innen, sich zu diesen Themen ebenfalls klar positionieren zu können.
- Fokus und Aufteilung des Handlungskonzepts in verschiedene Säulen haben sich als sehr gewinnbringend für das Vorgehen und die Umsetzung der Maßnahmen erwiesen und sollten beibehalten werden.

Abschließende Empfehlungen zur Weiterführung:

- Das Handlungskonzept sollte unter Bearbeitung und Aufnahme der in der Evaluation formulierten Handlungsempfehlungen weitergeführt und angepasst werden.
- Die Subsummierung der Inhalte des Handlungskonzepts unter vier Säulen macht das Projekt handhabbar und übersichtlich. Die Aufteilung in die bisherigen Säulen sollte fortgeführt werden. Für die weitere inhaltliche Ausgestaltung der Säulen ergeben sich, unter Berücksichtigung der zahlreichen in dieser Evaluation genannten, zusammenfassend folgende Empfehlungen:
 - Säule 1 – Antidiskriminierung: Fokussierung auf weitere Aspekte von Diskriminierung (neben Rassismus).
 - Säule 2 – Dialog und Beteiligung: Stärkere Einbeziehung der Marburger Stadtgesellschaft, der Communitys und ihrer Herausforderungen, Sichtbarkeit ermöglichen.
 - Säule 3 – Öffentlichkeitsarbeit und Vernetzung: Zuständigkeiten transparent kommunizieren, stärkere Kooperation mit den Akteuren im Themenfeld, Ausloten von Zukunftsperspektiven.
 - Säule 4 – Lokale Forschung und Fördermittel: Weitere Forschungsvorhaben anstoßen/ermöglichen, Kooperation mit weiteren Fachbereichen, z. B. Gesellschafts- und Kulturwissenschaften, andere Forschungsformate ermöglichen, z. B. Community-Forschung, Praxisforschung.“

Alle Informationen zum städtischen Handlungskonzept finden sich auch unter:
<https://marburgmachtmit.de/page/dialog-vielfalt>.

Dr. Thomas Spies
Oberbürgermeister

Anlage/n

1 2025-10-31-Final_BerichtProgrammDundV